

verschiedene Klassen und Schichten des Volkes repräsentieren, ist zugleich ein ununterbrochener Prozeß der Herausbildung des einheitlichen Willens des Volkes unter Führung der SED, der in den Beschlüssen der Volksvertretungen und in der Arbeit zu ihrer Verwirklichung seinen Niederschlag findet. Dem Wesen nach ist dieser Prozeß die Verkörperung des demokratischen Zentralismus. In ihm wird deutlich, wie sich die demokratische Aktivität der Staatsbürger mit der einheitlichen staatlichen Leitung verbindet. Dieser Prozeß beschränkt sich nicht auf die Verwirklichung lokaler Aufgaben, sondern erstreckt sich auf alle Seiten der Verwirklichung der Staatspolitik der Arbeiter- und Bauernmacht in der DDR.

Diese Wesenszüge zeigen, daß wir es bei den Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen durchaus nicht mit einem „rein dörflichen oder städtischen“ Vorgang zu tun haben, sondern mit einem staatspolitischen Ereignis von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Das findet auch in der vom Nationalrat der Nationalen Front der DDR beschlossenen Zielsetzung für die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen und in den Beschlüssen des Staatsrates der DDR vom 25. Februar 1974 seinen Niederschlag. Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Willi Stoph, erklärte auf dieser Sitzung:

„Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik werden bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen am 19. Mai 1974 — bei der Wahl der Kandidaten der Nationalen Front — einen weiteren überzeugenden Beweis der Überlegenheit der sozialistischen Demokratie erbringen. Geführt von der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, üben sie in der täglichen Arbeit, im Wettbewerb in Industrie, Landwirtschaft und den anderen Bereichen der Volkswirtschaft, im Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden — Mach mit!“ und bei der Mitarbeit in Kommissionen, bei der Auswahl der Kandidaten auf Wählervertreterkonferenzen und Wählerversammlungen, bei Rechenschaftslegungen der Abgeordneten souverän Staatsmacht aus.“¹/*/

In dem Vertrauen, das der Wähler mit seiner Stimmabgabe für die Kandidaten der Nationalen Front manifestiert, ist folglich auch seine politische Grundhaltung zur einheitlichen sozialistischen Staatspolitik eingeschlossen.

Merkmale der komplexen Entwicklung der Territorien

Um die Bedeutung der diesjährigen Wahlen genauer zu charakterisieren, ist es erforderlich, neben den allgemein gültigen Faktoren auch die konkreten Bedingungen, unter denen die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen erfolgen, zu betrachten. Das bestimmende Thema für die Vorbereitung der Wahlen, die Rechenschaftslegungen der Abgeordneten, die Auswahl und Vorstellung der Kandidaten der Nationalen Front und die Beratung der Kandidaten mit ihren Wählern ist die Durchführung der Beschlüsse des VIII. Parteitag der SED. Die positive Bilanz, die wir ziehen können, erstreckt sich sowohl auf die erfolgreiche Verwirklichung der sozialistischen Außenpolitik im Bündnis mit der Sowjetunion und allen anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft zur Sicherung des Friedens und für die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz als auch auf die Realisierung der innenpolitischen Aufgaben, die von der vom Parteitag formulierten Hauptaufgabe bestimmt wird. Jeder Bürger unseres Landes konnte sich davon überzeugen, daß die Hauptaufgabe den Interessen der Werktätigen entspricht und

¹/*/ „Unsere Demokratie zeigt täglich ihre Stärke“, ND (Ausgabe B) vom 26. Februar 1974, S. 2.

insbesondere die schrittweise Verwirklichung des sozialpolitischen Programms zu spürbaren Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen geführt hat. Es ist erwiesen: Die strategische Linie der SED zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft wirkt sowohl gesamtgesellschaftlich als auch in den Dörfern, Städten und Kreisen.

Man kann feststellen, daß mit der konsequenten Erfüllung der Hauptaufgabe ein qualitativ neuer Abschnitt in der komplexen Entwicklung der Territorien, insbesondere der Verbesserung der materiellen, sozialen und geistig-kulturellen Lebensweise in den Dörfern und Städten, begonnen hat. Wesentliche Merkmale dafür sind:

1. Die wachsende Konzentration der Staatsorgane und der gesellschaftlichen Organisationen auf die Schaffung immer besserer Voraussetzungen für die Verwirklichung der Bedürfnisse der Menschen, insbesondere auf die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Produktionsarbeiter sowie auch der anderen Werktätigen.

2. Die aktivere Mitwirkung der Bürger an der Lösung der konkreten Aufgaben zur Schaffung, Modernisierung, zum Um- und Ausbau sowie zur Werterhaltung von Wohnraum, von Einrichtungen zur Betreuung der Kinder und der alten Menschen, von Schulen und Kultur- und Sportstätten, bei der Entwicklung der materiellen Lebensbedingungen und des geistig-kulturellen Lebens in den Wohngebieten usw.

3. Die zunehmende Tätigkeit der örtlichen Staatsorgane zur Koordinierung der Kräfte und Mittel aller im Territorium gelegenen Betriebe, Einrichtungen und Institutionen für die Erfüllung und Übererfüllung aller Aufgaben des Volkswirtschaftsplans. Das reicht von der Schaffung optimaler territorialer Voraussetzungen für die Erfüllung der Produktionsaufgaben, von der Nutzung aller territorialen Ressourcen für die Konsumgüterproduktion, vom rationellen Einsatz des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens, von der Gestaltung der sozialistischen Landeskultur bis zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen.

4. Die Entwicklung eines höheren Grades der Mitwirkung der Betriebskollektive und der örtlichen Staatsorgane bei der Vorbereitung der zentralen staatlichen Pläne und anderer wichtiger zentraler Entscheidungen. So ist es charakteristisch, daß die Gegenplanbewegung immer zielstrebig und bewußter auf die Verwirklichung der Pläne und ihre Übererfüllung ausgerichtet wird und sich in den Städten und Dörfern der Wettbewerb ebenfalls in immer stärkerem Maße auf die Erfüllung der Planaufgaben und auf deren Überbietung konzentriert.

5. Der bedeutende Ausbau der Mitwirkungsrechte der Werktätigen an der staatlichen Leitung und Planung. Dafür spricht in erster Linie die Weiterentwicklung der Rechte der Gewerkschaften als der Klassenorganisation der Arbeiterklasse bei der Vorbereitung, Durchführung und Kontrolle solcher staatlicher Entscheidungen, die die Interessen der Werktätigen in den Betrieben und anderen Arbeitskollektiven unmittelbar berühren. *Wesentlich* erweitert wurden auch die Rechte und Pflichten der Jugend bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.

6. Die staatsrechtliche Verankerung der höheren Verantwortung der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe für die Verwirklichung der einheitlichen sozialistischen Staatspolitik in ihrem Territorium.

Mit dem Gesetz über den Ministerrat, dem Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe und weiteren Rechtsvorschriften wurden ihnen größere Rechte und höhere Pflichten zur Leitung und Planung